

Barg sieht die Verwaltung in der Pflicht

Nordumgehung: Massive Kritik am Landesbetrieb Straßenbau

VON PETER STEINERT

■ **Bad Oeynhausen.** Wie sieht sie denn nun aus, die Nordumgehung. Und das nicht aus Sicht der Autofahrer, sondern aus Sicht der Anwohner. Das möchten vor allem die Kritiker dieses Autobahn-teilstücks wissen. Reiner Barg (Bündnis-Grüne) ist einer von ihnen. Er hatte sich in der jüngsten Ratssitzung an einem Termin festgebissen, den Ulrich Windhager, Leiter des Mindener Büros vom Landesbetrieb Straßen NRW, vorgegeben hatte.

Demnach müsste Straßen NRW bis Anfang Mai eine detaillierte Planung vorlegen. Sollte dieses nicht geschehen, sieht Barg die Verwaltung in der Pflicht. Der Grünen-Politiker bezog sich auf ein Schreiben vom 4. März. Darin schreibt Windhager: „Wir haben die Anregung, das Erscheinungsbild der neuen Straße noch konkreter darzustellen, gerne aufgenommen. Wir werden kurzfristig zusätzliche Visualisierungen der Trasse in signifikanten Bereichen von einem Fachbüro erstellen lassen. Wir rechnen in sechs bis acht Wochen mit Ergebnissen, die wir den Bad Oeynhausenern Bürgern vorstellen können.“

Auf NW-Nachfrage beim Landesbetrieb relativierte Projektleiter Tobias Fischer, dass sich der angegebene Zeitraum auf die Erstellung und nicht auf die Präsentation der Ausarbeitungen bezogen habe. Ungeachtet dessen werde sein Haus „Rat und Verwaltung nicht im Regen stehen lassen“, sollte ein früherer Termin gewünscht sein.

Fischer reagierte damit auf einen Beschluss der Ratssitzung vom Dienstag, in der einem SPD-Antrag zugestimmt wurde, wonach der Landesbetrieb Straßen NRW bis zum 4. Mai eine Informationsveranstaltung zur Nordumgehung durchführen soll. Geschehe das nicht, soll unverzüglich die Verwaltung der Stadt aktiv werden. CDU-Fraktionsvorsitzender Kurt Nagel: „Wir haben diese Veranstaltung schon



Platz für Protest: Ähnlich lautstark wie vor Jahresfrist machten sich die Nordumgehungsgegner in der jüngsten Ratssitzung bemerkbar. Wenngleich Bürgermeister Klaus Mueller-Zahlmann inzwischen mit Meinungsäußerungen aus dem Publikum toleranter umgeht.

ARCHIV-FOTO: PETER STEINERT

dreimal beschlossen. Wir müssen sie nun einfach durchführen, wenn der Landesbetrieb es nicht tut.“

Lediglich die Sozialdemokraten und deren Fraktionsvorsitzender Olaf Winkelmann übten sich in Enthaltung, da in den Beschluss eine Formulierung der Bündnis-Grünen eingeflossen war, die bei dieser Gelegenheit gleichzeitig genauere Angaben zu Lärm und Schadstoffen hören wollten. Reiner Barg sah den richtigen Zeitpunkt dafür gekommen: „Wir befinden uns mitten in der Ausführungsplanung.“

Auch diesen Punkt relativierte Tobias Fischer im Gespräch mit der NW: „Während des Planungsprozesses findet meist ein intensiver Austausch mit Fachleuten wie Ingenieuren, Produktherstellern und eventuell auch ausführenden Unternehmen statt, um Detailpunkte zu lösen. Ziel der Ausführungsplanung ist ein Plansatz, der zum Bau freigegeben wird.“

Derweil scheut sich der Straßenbetrieb NRW derzeit vor verfrühten Veröffentlichungen. Projektleiter Fischer: „Wir sind vom Bundesverwaltungsgericht Leipzig abhängig und würden gerne erst eine Entscheidung abwarten.“